

CDU gratuliert Helmut Kohl zum 60.

## Volker Rühle: Die CDU hat Ihnen viel zu verdanken

„Ich habe das Glück gehabt, daß ich an einem Schnittpunkt der Geschichte dieses Amt auf Zeit verwalteten und führen darf.“ Mit diesen Worten antwortete der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, auf die Glückwünsche und Festreden zu seinem 60. Geburtstag, den 3000 Gratulanten aus allen Kreisen der Bevölkerung mit ihm am Montag in der Bonner Beethoven-Halle feierten.

Alfred Dregger nannte Helmut Kohl neben Konrad Adenauer den „erfolgreichsten Bundeskanzler der deutschen Nachkriegsgeschichte“, und der CSU-Vorsitzende Theo Waigel wünschte ihm, daß er die Einheit Deutschlands in Freiheit zum Abschluß bringen möge. Altbundespräsident Karl Carstens hob als die hervorragendste Eigenschaft Helmut Kohls dessen Fähigkeit hervor, durchzuhalten und gegenüber dem schnellen Wechsel des Zeitgeistes standhaft zu bleiben. Und Bundespräsident Richard von Weizsäcker erinnerte an einen Satz, von dem die Union schon immer überzeugt gewesen sei: Auf den Kanzler kommt es an!

Generalsekretär Volker Rühle stellte in seinem Gratulationsschreiben fest: „Die CDU hat Ihnen sehr viel zu verdanken.“ Und er bat den Kanzler, diesen Dank in dem Bewußtsein entgegenzunehmen, „daß die Menschen in dieser Partei und viele Menschen über die Partei- und Staatsgrenzen hinweg ihre Hoffnungen auf Sie setzen“.

### HEUTE AKTUELL

#### ● Bundeswehr

Volker Rühle: Die Atlantische Allianz gibt uns das feste Fundament, von dem aus wir den Übergang in eine neue Zeit gestalten können. Seite 29

#### ● Soziales

Renten- und Beamtenversorgung: Kindererziehungszeiten werden mit gleichem Pauschbetrag abgegolten. Seite 34

#### ● Nordrhein-Westfalen

Norbert Blüm: Der Sozialismus geht, wir kommen. Seite 38

#### ● Dokumentation

Mehr Marktwirtschaft im Umweltschutz. Beschluß des Bundesausschusses „Umweltpolitik“. Grüner Teil

#### ● Öffentlichkeitsarbeit

Gesamangebot der Informations- und Werbemittel. Rosa Teil

Auszüge aus den Gratulationsreden von Alfred Dregger, Karl Carstens, Theo Waigel, Richard von Weizsäcker, Hans-Dietrich Genscher sowie aus der Rede des Bundeskanzlers finden Sie auf den Seiten 2 bis 10 dieser Ausgabe.

Alfred Dregger:

## Der erfolgreichste Kanzler der deutschen Nachkriegsgeschichte

**W**ir feiern heute den 60. Geburtstag unseres Bundeskanzlers. Ihnen, lieber Helmut Kohl, wünschen wir auch für die kommenden Jahre Glück und Segen in Ihrer wichtigen Arbeit für Deutschland.

Unser Glückwunsch gilt zunächst

- dem Menschen Helmut Kohl, dessen Zuversicht, dessen Kraft und vor allem dessen Standfestigkeit wir schätzen.

Wenn man die Dimension der acht Jahre Ihrer Kanzlerschaft auf dem Hintergrund der deutschen und europäischen Entwicklung objektiv zu bewerten versucht, dann wird die Größe dessen sichtbar, was unter Ihrer Führung, lieber Helmut Kohl, bewirkt worden ist.

- Ich nenne die vier großen innenpolitischen Reformwerke (Gesundheit, Renten, Steuern sowie Post- und Telekommunikation). Selbst eine dieser Reformen hätte die Kraft der meisten Vorgängerregierungen überfordert.

- Ich nenne die Konsolidierung der zu Beginn Ihrer Amtszeit völlig überbeanspruchten öffentlichen Haushalte und sozialen Sicherungssysteme.

- Ich hebe schließlich unsere Außen- und Sicherheitspolitik hervor, die unter Ihrer Verantwortung, Herr Bundeskanzler, unser Land zu einem Pfeiler des Vertrauens und der Stabilität zwischen Washington, Moskau, Paris und London gemacht hat.

Das Ergebnis der Wahl vom 18. März in der DDR, an dem Sie persönlich einen herausragenden Anteil haben, ist ein Sieg für den demokratischen Rechtsstaat, für die Soziale Marktwirtschaft und für die Einheit Deutschlands. Dieses Wahlergebnis ermöglicht es, die friedliche Revolution zu vollenden, die ein Akt der Selbstbefreiung unserer Landsleute in der DDR gewesen ist.

Meine Damen und Herren, ein Kanzler, der nach acht Jahren eine solche Zwischenbilanz vorlegen kann, der muß schon aus besonderem Holz geschnitzt sein.

Vielleicht ist dies das Geheimnis Ihrer Erfolge, lieber Helmut Kohl, daß Sie Eigenschaften und Fähigkeiten in sich vereinigen, die verschiedenartiger, wenn nicht gegensätzlicher Natur sind:

**Führungswille, Führungsstärke und Entschlußkraft auf der einen Seite — und zugleich Besonnenheit und Zurückhaltung, gelassenes Abwartenkönnen, bis die Zeit reif ist, auf der anderen Seite. Das alles wirkt zusammen. Hinzu kommt Ihre Fähigkeit, Kräfte zu bündeln, Konsens zu schaffen, darauf hinzuarbeiten, daß es zwischen konträren Standpunkten am Ende zu einem Ausgleich kommt.**

Wenn ich die Summe dieser acht Jahre ziehe, auf allen Feldern der deutschen und internationalen Politik, dann greife ich gewiß nicht zu hoch, wenn ich sage: Helmut Kohl ist, neben Konrad Adenauer, der erfolgreichste Kanzler der deutschen Nachkriegsgeschichte.

**Karl Carstens:**

## Ihre größte Leistung sehe ich in Ihrer Standhaftigkeit

**Es ist für mich eine große Freude, daß ich gebeten worden bin, heute, an Ihrem 60. Geburtstag, lieber Helmut Kohl, zu sprechen.**

Die sechs Jahrzehnte Ihres Lebens umfassen eine Zeit des Abstiegs und eine darauf folgende Zeit des Aufstiegs unseres Landes, wie sie in der Geschichte wohl einzigartig sind.

1945 waren Sie 15 Jahre alt. Sie haben die letzte Phase der Entwicklung bewußt miterlebt, und Sie kamen zu der elementaren, für Ihr weiteres Leben entscheidenden Erkenntnis: Niemals wieder Diktatur, niemals wieder Unterdrückung der menschlichen Würde, niemals wieder Krieg.

Schließlich gelang seit 1949 die Integrierung der Bundesrepublik Deutschland als gleichberechtigter Partner in die Gemeinschaft der freien Völker und des Atlantischen Bündnisses. Das war Adenauers größte Leistung. Sie wurde von seinen Nachfolgern in CDU und SPD übernommen. Die Regierungen Brandt und Schmidt ergänzten diese Politik durch Vereinbarungen mit den östlichen Nachbarn, der Sowjetunion mit Polen, der CSSR und schließlich auch mit der DDR.

**Sie, Herr Bundeskanzler, haben dieses große Erbe aufgenommen, fortgesetzt und ausgebaut. Sie stellen enge, ja freundschaftliche Beziehungen zu den USA und ihren**

**beiden Präsidenten Reagan und Bush wieder her. Sie pflegten die Freundschaft mit Frankreich. Es kam zu der bewegenden Begegnung mit Präsident Mitterrand auf dem Schlachtfeld von Verdun. Französische Sorgen im Hinblick auf die Einheit Deutschlands versuchen Sie mit Ruhe im offenen Gespräch auszuräumen. Zuletzt ist es Ihnen auch noch gelungen, eine weitgehende Übereinstimmung mit der britischen Premierministerin in der deutschen Frage zu erzielen.**

Der sowjetische Partei- und Staatschef war im Juni 1989 ihr Gast in Bonn, und

### Rede zum 60. Geburtstag von Bundeskanzler Helmut Kohl am 3. April 1990 von Karl Carstens

Sie unterzeichneten mit ihm eine bedeutende Erklärung. Im Februar dieses Jahres verhandelten Sie mit ihm, zusammen mit Außenminister Genscher, in Moskau über die deutsche Frage.

Während Ihrer Amtszeit haben Sie, Herr Bundeskanzler, einen wichtigen Beitrag zur europäischen Integration geleistet. Nach einem Wort von Präsident Delors wurden 1988 in den sechs Monaten Ihrer Präsidentschaft im Rat der EG mehr Probleme gelöst als in den zehn Jahren davor.

## **Ihre bisher schwierigste Aufgabe im Bereich der Außenpolitik war die Durchsetzung des sogenannten NATO-Doppelbeschlusses hier bei uns im Lande.**

Ihre Entscheidung, Herr Bundeskanzler, war deswegen von so großer Bedeutung, weil sie alle diejenigen widerlegte, die für eine einseitige atomare Abrüstung des Westens eintraten — gewiß in guter Absicht, aber ohne Kenntnis der realen Grundlagen der internationalen Politik. Die Politik gab auch Gorbatschow die Chance, sich mit seinen Entspannungsvorstellungen in der Sowjetunion durchzusetzen, und sie festigte zugleich den Zusammenhalt der Partner des westlichen Bündnisses. Es gibt wenige Bemühungen in der deutschen Politik der letzten Jahrzehnte, die so erfolgreich waren wie diese. Alles hing von der deutschen Entscheidung und damit von Ihrer Entscheidung ab.

Ungeachtet aller dieser Erfolge blieb die deutsche Frage ungelöst. Zwar wurden die Reisemöglichkeiten verbessert. Auch kam es zu Begegnungen auf Regierungsebene, aber das System der Unterdrückung in der DDR, die Berliner Mauer, die Stacheldrahtgrenze blieben. Das änderte sich — wie wir wissen — im Herbst 1989. Hunderttausende von Deutschen in der DDR, in Leipzig und in anderen Städten, gingen auf die Straßen und demonstrierten friedlich: „Wir sind das Volk; wir wollen frei sein!“ riefen sie. Generalsekretär Gorbatschow machte der DDR-Regierung deutlich, daß die sowjetischen Truppen nicht eingreifen würden, und gleichzeitig setzten sich Zehntausende in Bewegung und kamen zu uns, in die Bundesrepublik, über Prag, Budapest und Warschau — dank der verständnisvollen Haltung dieser Regierungen, aber auch dank der klugen Politik der Bundesregierung.

Danach brach das ostdeutsche System der Unterdrückung zusammen; die Mauer wurde eingerissen, viele neue Grenzübergänge wurden geschaffen. Die deutsche Frage steht im Mittelpunkt der Weltpolitik, und Ihnen, Herr Bundeskanzler, steht die Lösung der schwersten Aufgabe ihres Lebens noch bevor. Die Diskussion über das Umtauschverhältnis der beiden Währungen gibt uns davon einen Vorgeschmack.

Freilich ist schon das bisher Erreichte ein Erfolg der Politik Ihrer Regierung und der Politik ihrer Vorgängerinnen, die jahrelang betont haben, daß es unser Ziel ist, mit friedlichen Mitteln auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiederfindet. Dadurch wurde die Hoffnung auf Wiederherstellung der deutschen Einheit auch im anderen Teil Deutschlands wachgehalten. Freilich konnte niemand ahnen, daß die Stunde der Wahrheit so nahe war. Und es gab viele Stimmen in der Bundesrepublik Deutschland, die sich im entgegengesetzten Sinne, nämlich gegen den Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten und für die Stabilisierung des Status Quo aussprachen.

Das Reden von der Wiedervereinigung wurde verspottet. Es sei ein Skelett im Schrank, das man dort besser stehen lassen sollte, sagte ein Zeitgenosse, der bei vielen als besonders kluger Kopf gilt. Nicht Kommunist, sondern Antikommunist zu sein, wurde zu einem Schimpfwort, bis die vom Kommunismus unterdrückten Völker Osteuropas sich erhoben und die Herrschaft, unter der sie 40 Jahre lang gelitten hatten, abschüttelten.

**Das letzte große Ereignis waren die Wahlen in der DDR vor zwei Wochen. Eine Mehrheit der Deutschen entschied sich für möglichst**

**schnelle und zügige Schritte zur Herstellung der Einheit und damit für eine Politik, die Sie vertraten. Es war ein großer Erfolg, auch für Sie persönlich.**

Zwischen diesen beiden Ereignissen sind die 60 Jahre Ihres Lebens verlaufen: zwischen dem unaufhaltsamen Niedergang der Weimarer Republik und dem, so scheint es, ebenso unaufhaltsamen Prozeß der Wiederherstellung der deutschen Einheit in einem geeinten Europa.

In diesem Rahmen steht Ihr Leben. Sie waren das dritte Kind Ihrer Eltern; Ihr Vater war Frontsoldat im Ersten Weltkrieg; Ihr älterer Bruder fiel im Zweiten Weltkrieg. Beides hinterließ tiefe Spuren in Ihrem Leben. Vater und Mutter waren fleißige Leute, Ihre Mutter couragiert und im tiefen Grunde ihrer Seele optimistisch.

**Ihren Eltern schulden Sie und wir alle, die wir Ihre Freunde sind, Dank für die Gaben, die sie in Sie hineingelegt haben, vor allem für eine physische und psychische Konstitution und Widerstandskraft, die Sie befähigt, die außerordentlichen Strapazen Ihres Amtes mit Gleichmut und ohne Anzeichen von Ermüdung zu tragen.**

Ihre Eltern erzogen Sie im christlichen Geist, und dieser Bindung sind Sie bis heute treu geblieben. In einem Interview haben Sie die Hoffnung als die für einen Politiker wichtigste christliche Tugend bezeichnet.

Ihr Lebenslauf, Herr Bundeskanzler, ist von der Politik bestimmt. Nach Ihrem Studium wurden Sie im Jahre 1960 in den Landtag von Rheinland-Pfalz gewählt, dort 1963 Fraktionsvorsitzender und 1969 bis 1976 Ministerpräsident. Mit 39 Jahren waren Sie der jüngste deutsche Ministerpräsident.

Nach einem vergeblichen Anlauf im Jahre 1971 wurden Sie 1973 mit großer Mehrheit zum Bundesvorsitzenden der CDU gewählt. 1976 waren Sie der Kanzlerkandidat der Union und verfehlten die absolute Mehrheit in den Bundestagswahlen nur um ein Prozent. Dann begannen sechs harte Jahre als Oppositionsführer, bis Sie 1982 zum Bundeskanzler gewählt wurden.

Die Führung der Partei und die Auseinandersetzung mit den anderen Parteien erforderten seit 1973 einen großen Teil Ihrer Arbeitskraft.

**Ihre größte Leistung sehe ich in Ihrer Fähigkeit durchzuhalten und gegenüber dem schnellen Wechsel des Zeitgeistes standhaft zu bleiben.**

Dabei verlieren Sie den Boden nicht unter den Füßen. Sie behalten Augenmaß, auch wenn die Wogen der Auseinandersetzung hoch gehen.

Sie sind die Inkarnation von Optimismus. Manche meinen, Sie hätten davon zuviel, aber als Gegengewicht gegen das ständige Lamentieren und Schwarzmalen, das wir von anderen hören, ist Ihre Haltung wohlthuend und hilfreich. Sie haben einen Hang zur Harmonie. Ich sage das ungeachtet anderer Bemerkungen, die hier während der vorangehenden Reden gefallen sind, denn darin fühle ich mich Ihnen verwandt.

Wer nach dem gemeinsamen Nenner im Streit der Meinungen sucht, verdient, so meine ich, Respekt, ja Dankbarkeit.

**In diesem Sinne grüße ich Sie. Ich wünsche Ihnen weiterhin Gesundheit und Kraft und Gottes Segen bei der Bewältigung Ihrer großen Aufgabe zum Wohle unseres Vaterlandes.**

Theo Waigel:

## Helmut Kohl verkörpert die besten Tugenden dieses Landes

**W**er heute rückblickend Helmut Kohls politische Bilderbuchlaufbahn vom JU-Mitglied über das Landtagsmandat und das Amt des Ministerpräsidenten bis hin zum Vorsitzenden der CDU und schließlich zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland Revue passieren läßt, der wird erkennen: Helmut Kohl verkörpert im besonderen Maße jene Tugenden, die den Deutschen im Westen ein bisher nicht gekanntes Maß an Freiheit, Wohlstand und sozialer Sicherheit ermöglichten. Und diese Tugenden sind auch jetzt beim Neuaufbau der DDR gefragt.

Helmut Kohls Politikverständnis ist dem ersten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet. Helmut Kohl ist in der Geschichte der CDU der Erbe Konrad Adenauers. Er hat die CDU nach der großen Koalition und dem Bonner Machtwechsel innerparteilich konsolidiert, das politische Gewicht seiner Partei von den Kommunen und den Ländern her stabilisiert und schließlich den Wechsel von den Oppositions- auf die Regierungsbänke in Bonn bewerkstelligt.

**Wenn diese Bemühungen zum Erfolg führten, so war dies nur möglich durch Helmut Kohls Willensstärke, durch sein politisches Durchsetzungsvermögen, seine Fähigkeit zu innerparteilichem Interessenausgleich und durch sein ausgeprägtes Gespür für politische Entwicklungen.**

Was Helmut Kohl im Grundsätzlichen mit Konrad Adenauer verbindet, ist die

Synthese von pragmatischer Vorgehensweise und dem unbeirrbar Festhalten an liberal-konservativen Grundsätzen. Er gehörte nie — auch nicht in kritischen Phasen der CDU — zu jenen Politikern, die um kurzfristiger wahlpolitischer Erfolge willen bereit sind, dem angebliehen Zeitgeist nachzujagen und bewährte Grundsätze über Bord zu werfen. Auf diesem Hintergrund muß Helmut Kohls Eintreten für den demokratischen Rechtsstaat, für die Marktwirtschaft, für den sozialen Ausgleich sowie sein Festhalten am Ziel der deutschen Einheit und der Westbindung der Bundesrepublik verstanden werden.

**Ich spreche sicherlich den meisten Anwesenden aus dem Herzen, wenn ich Helmut Kohl wünsche, er möge die Einheit Deutschlands in Freiheit auf der Grundlage des Ausgleichs mit den Nachbarn erfolgreich zum Abschluß bringen.**

Über 17 Jahre lang eine große Volkspartei zu führen, über 8 Jahre drei selbständige Koalitionsparteien auf einem Kurs des Ausgleichs zu halten und immer mit einer zu produktiver Unruhe neigenden Schwesterpartei umgehen zu dürfen, ist nicht immer leicht.

Ich darf Helmut Kohl persönlich und namens der Christlich Sozialen Union Bayern alles Gute zum 60. Geburtstag wünschen und ihm versichern: Er kann sich auch in Zukunft auf den politischen Rückhalt der Schwesterpartei verlassen. ■

Hans-Dietrich Genscher:

## Wir sind stolz auf das gemeinsam mit Ihnen Erreichte

Ich gratuliere Ihnen, Herr Bundeskanzler, im Namen der Kolleginnen und Kollegen der Bundesregierung, zu Ihrem Geburtstag herzlich. Wir wünschen Ihnen auch in Zukunft Kraft, Gesundheit, Glück und Erfolg. Wir wünschen Ihnen auch in Zukunft jene Gelassenheit, ohne die weder Ihr Staatsamt noch Ihr Parteiamt zu führen ist.

Das Geschenk des Kabinetts ist eine kleine Bronzestatue. Sie zeigt einen Menschen in solcher Gelassenheit, wobei der Künstler nicht versäumt hat, einen festen Rahmen vorzugeben, der der Gelassenheit jene Grenzen setzt, die bei Helmut Kohl mit Festigkeit und Überzeugungstreue immer wieder beeindrucken. Da Sie, Herr Bundeskanzler, mir bei Ihrer Ansprache aus gleichem Anlaß vor drei Jahren gleichfalls Grundsatztreue und Stehvermögen bescheinigt haben, wird verständlich, warum unsere Zusammenarbeit im Kabinett gleichermaßen fruchtbar ist, ob sie sich nun in Harmonie oder auch in engagierter Diskussion vollzieht.

Wir sind uns, Herr Bundeskanzler, bewußt, daß Sie kein Geschenk gewünscht haben. Ich habe dennoch den Geschenkvorschlagn gemacht, mir erschien die Gelegenheit günstig, die menschliche Verbundenheit des Kabinetts mit Ihnen bleibend zum Ausdruck zu bringen. Und wir können so, indem wir uns über Ihre Meinung hinwegsetzen, in der lebenswürdigsten Weise zeigen, daß der Richtlinienkompetenz des Bun-

deskanzlers durchaus Grenzen gesetzt sind, noch dazu in einer Koalitionsregierung.

**Damit, Herr Bundeskanzler, bin ich bei der FDP angekommen, die Ihnen, dem Vorsitzenden der CDU, herzlich gratuliert und allen Erfolg wünscht als Bundeskanzler der gemeinsamen Bundesregierung. Wir würdigen an diesem Tage die Zusammenarbeit mit Ihnen seit jenem 1. Oktober 1982, an dem wir mit einer für uns gewiß nicht leichten Entscheidung unsere Zusammenarbeit begründeten. Und wir sind stolz auf das gemeinsam mit Ihnen Erreichte.**

Ein Porträt, meine Damen und Herren, Helmut Kohls zu zeichnen, ist keine leichte Sache. Das kann bei jemanden, der alle Seiten des politischen Lebens kennengelernt hat und der einen so langen politischen Weg gegangen ist, auch gar nicht anders sein. Als Parteivorsitzender weiß Helmut Kohl, daß der Erfolg viele Väter hat, daß der Mißerfolg aber ein Waisenkind wäre, wenn es nicht den Vorsitzenden gäbe, und beim Regierungschef ist das nicht viel anders. Helmut Kohl hat mit der Unbeirrbarkeit seines Weges bewiesen: Nur wer den kalten Wind aushält, erreicht den Gipfel. Das wird ihn nicht anfechten, wenn er nur weiß, woher er kommt, wer er ist und wohin er will. Helmut Kohl ist das gelungen.

Lieber Helmut, ich wünsche Dir von Herzen alles Gute, erfüllte Jahre, Gesundheit und Kraft. ■

**Richard von Weizsäcker:**

## Mit seiner glücklichen Natur möge ihm alles zum Besten gelingen

**E**in besonders beredtes und führendes Mitglied der CDU/CSU-Fraktion hat unlängst in einem Interview gesagt: Der Präsident, der kann sagen, was er will. Von dieser liebenswürdigen Erlaubnis möchte ich gerne Gebrauch machen, um zusammen mit meiner Frau Dir, lieber Herr Bundeskanzler, von ganzem Herzen zu Deinem Geburtstag zu gratulieren und ebenso herzlich Deine Frau und Deine beiden Söhne zu grüßen.

Helmut Kohl stammt, wie jedermann weiß, aus der Pfalz. Wie der kundige Herr Außenminister schon herausgefunden hat, bedeutet der Jahrgang nicht nur allgemein in der Pfalz sehr viel, sondern der Jahrgang 1930 ist für die CDU/CSU von einer wahrhaft berstenden Fruchtbarkeit.

Helmut Kohl hat wahrlich schon bisher einen großen und weiten Weg zurückgelegt. Ich denke zunächst an die Zeit, als wir uns kennenlernten. Er war damals ein blutjunger Vorsitzender seiner Landespartei und der Fraktion im Landtag.

**Heute ist Helmut Kohl Kanzler in einer Zeit von wahrhaft säkularen Entwicklungen in der ganzen Welt, in Europa und in unserem eigenen Vaterland. Spannungen gehen zurück, Freiheit und neue Einheit wachsen heran. Unser bewährtes und gutes Grundgesetz weist uns den Weg in dieser Epoche, schon im ersten Satz seiner Präambel: Einheit — Europa — Freiheit.**

Ganz gewiß wird Helmut Kohl nicht für sich die große Verantwortung, die diese Zeit mit sich bringt, alleine tragen wollen; sondern gemeinsam mit uns allen will er und wollen wir den Weg suchen und finden, um mit Tatkraft und mit offenen Herzen, ohne Anmaßung und unseiner Geschichte verpflichtet, unseren Beitrag zu leisten im Zusammenwachsen Europas und bei der Lösung der großen und schweren Weltaufgaben.

**„Die Union hat es immer gewußt: Auf den Kanzler kommt es an.“**

Daß wir in unserem eigenen Land der Einheit entgegenwachsen, erfüllt uns mit tiefer Freude. Und die nicht minder große Verantwortung, die damit verbunden ist, fordert von uns allen ein äußerstes Maß an materieller, geistiger und moralischer Kraft.

Aber auch wenn wir den Weg zusammen suchen und finden, so hat die Union doch immer gewußt: Auf den Kanzler kommt es an. Und so sage ich: Mit seiner glücklichen Natur und mit seinen reichen Gaben, mit seiner Zuversicht und Energie möge ihm alles zum Besten gelingen. Ich wünsche ihm in alter persönlicher Freundschaft und ich wünsche ihm als unserem Bundeskanzler von Herzen gutes Gelingen.

**Helmut Kohl:**

## Ich bedanke mich bei Ihnen allen

**Z**unächst bedanke ich mich bei Ihnen allen, daß Sie hierher gekommen sind, um mir zu gratulieren, ein Wort der Freundschaft und der Verbundenheit zuzurufen.

Ich danke meinem Freund Theo Waigel, der in einer grundgescheiten, manchmal, wenn es um die Beziehung CDU/CSU geht, etwas einseitigen Weise unseren Weg beschrieben hat. Aber es ist eine Freude, mit ihm zu arbeiten, mit ihm zusammenzusein.

Und ich bedanke mich bei Dir, lieber Hans-Dietrich Genscher, für das, was Du gesagt hast, und für das Miteinander. Wir gehen diesen Weg nun seit vielen, vielen Jahren gemeinsam, nicht erst in den Jahren der Koalition.

Auch Ihnen, lieber Herr Carstens, ein sehr herzliches Wort des Dankes für eine Weggenossenschaft, für klugen Rat und für menschliche Zuwendung in vielen, vielen Jahren. Wir sind uns begegnet, als Sie noch Staatssekretär waren im Auswärtigen Amt. Ich habe immer auf Ihren Rat gebaut, und ich bin gut dabei gefahren. Das will ich doch einmal hier vor aller Öffentlichkeit sehr nachdrücklich und dankbar erwähnen.

Herr Bundespräsident, lieber Richard, auch Dir darf ich sehr, sehr herzlich danken für das, was Du hier gesagt hast, und wie Du es gesagt hast.

**Sechzig Jahre alt werden, meine Damen und Herren, habe ich mir eigentlich anders vorgestellt. Daß das von Amts wegen in einem so großen Kreis geschehen muß, habe**

**ich begriffen. Aber ich will deswegen trotzdem sehr privat sprechen, weil eben sechzig Jahre sechs Jahrzehnte Rückblick und — so Gott will — auch noch ein Stück Weg nach vorn beinhalten.**

Ich habe zu danken meiner Familie, meiner Frau und den Söhnen, die diesen Weg mitgestaltet, mitbeeinflußt, auch miterlitten haben. Wenn der Vater in einer wichtigen politischen Funktion steht, können die Kinder ein Lied davon singen, was das bedeutet, wie sich in der Schulklasse, in der Lehrerschaft, im Alltag bei den Soldaten, bei Nennung des Namens Meinungen teilen.

**Ich will herzlich danken meiner Frau, daß sie dies mitgestaltet hat auf unserem gemeinsamen Weg. Vor allem bedanke ich mich dafür, daß sie über ihre Pflichten hinaus jetzt im Sozialen versucht, ein Beispiel zu geben, daß man anderen helfen kann, ohne dauernd nach dem Staat zu rufen.**

Und ich danke meinen Freunden, und jetzt sage ich ausdrücklich auch dazu, meinen Mitarbeitern. Ich sehe hier viele Gesichter im Saal, die in Jahren und Jahrzehnten, die seit über 20 Jahren den Weg mit mir gegangen sind, die mich ertragen, morgens, wenn die Meldungen schlecht sind und man mit dem Tag beginnt, aber mit dem Tag noch fertig werden muß, die die Akten so verräumen, daß das Schlimmste nicht gleich als erstes auf den Tisch kommt, die die Besucher so einteilen, daß nicht eine Hiobsbotschaft die

andere jagt, sondern auch einmal etwas Erfreuliches dazwischen ist.

Ich habe zu danken meinen politischen Freunden in der CDU, in der Union. Ich bin schon mit 16 Jahren zur Partei gekommen, 1946. Es gab keinen Zweifel, daß ich zu dieser Partei gehe. Das war vom Elternhaus vorbestimmt, obwohl ich beispielsweise ein großer Verehrer von Kurt Schumacher war.

Ich bin zur CDU gekommen, und ich habe hier viele Freunde gefunden. Eine politische Partei ist nicht irgendein Interessenverband, in den man eintritt und austritt. Eine politische Partei ist Heimat. Und wenn ich hier in den Saal blicke, sehe ich so viele, die ich kennengelernt habe in unzähligen Wahlversammlungen, in vielen Sitzungen.

**Ich nenne bewußt auch Konrad Adenauer. Am Ende seiner Tage, Sie wissen, ich stand ihm dann nah, sagte er einmal: Herr Kohl, wenn man so jung anfängt — er war da nicht mehr Kanzler, er saß drüben im Bundesratsbau — besteht die Gefahr, daß man Zyniker wird. Ich habe ihn ziemlich fassungslos angeblickt und gesagt: Herr Bundeskanzler, Sie sagen zu mir, es besteht die Gefahr, Zyniker zu werden? Jetzt denke ich an manchen Tagen: Hüte dich davor, Zyniker zu werden, etwa, wenn man die Geburtstagsartikel liest und überlegt, was noch vor Jahresfrist dazu geschrieben wurde.**

Meine Damen und Herren, wenn ich danke, habe ich auch dafür zu danken, daß ich die Chance hatte, vielen interessanten Leuten zu begegnen. Als Bundeskanzler hat man einen Vorteil: Man kann anrufen, telefonieren, um mit den ungewöhnlichsten Leuten zu einem Gespräch zu kommen. Und ich sage, dies genieße ich. Es ist ein Vorteil dieses Amtes.

Und damit bin ich bei dem Thema, das ich gerne einmal aus einer persönlichen Erfahrung zum Schluß ansprechen möchte. Das ist die Frage von Politik und Macht und von dem Preis, der dafür verlangt wird. Max Weber hat sehr geschickt darüber geredet und geschrieben — Politik als Beruf —, aber er hat natürlich auch aus der Distanz eines Mannes geschrieben, der das nie selbst mitgemacht hat, der sich nie fragen mußte, ob der, der gerade ins Büro reinkommt, etwas will, einem nur sagt, von dem er glaubt, daß man es gerne hört, oder das, was wirklich ist.

**Die Herausforderung in einem solchen Amt besteht sicherlich darin, ob man fähig ist, sich Offenheit und Sensibilität für die Menschen zu bewahren und ob man bejaht, was Johannes XXIII. in einer unnachahmlichen Weise mit dem schönen Satz gesagt hat: Johannes, nimm dich nicht so ernst!**

Ich habe Glück gehabt, Fortune, daß ich an einem Schnittpunkt der Geschichte dieses Amt auf Zeit verwalten und führen darf. Ich versuche es, so gut ich kann. Ich habe gelernt in diesem Amt, und hier wird Segen aus einem Stück Erziehung vor allem meiner Mutter, daß Glaube weiterhilft.

Glaube und Gottes Segen, ist nicht irgendeine Sache, sondern ist eine große Hilfe. Ich bekenne das vor so vielen, weil wir uns inzwischen ja angewöhnt haben, über alles zu reden, auch bei einer solchen Gelegenheit, nur nicht, wie ich glaube, von dem, was wirklich wesentlich ist.

**Ich wollte Ihnen ein paar Gedanken sagen, nicht reife, ausgereifte Gedanken zu einem 60. Geburtstag, sondern vielleicht Gedankensplitter und manches von dem, was mir einfach an diesem Tag durch den Kopf geht.**

# Lafontaine versucht, dem Kanzler das Wort im Munde herumzudrehen

Zu den maßlosen Angriffen des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine auf Bundeskanzler Kohl erklärt Generalsekretär Volker Rühle: Lafontaine ist ein Lügner, wenn er behauptet, der Bundeskanzler habe im DDR-Wahlkampf einen Umtauschkurs von 1 zu 1 versprochen. Wie die nachfolgenden Abschriften der entsprechenden Redepassagen beweisen, hat der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl im Gegenteil sich ausdrücklich dagegen gewandt, im Wahlkampf konkrete Versprechungen abzugeben, die man nicht einhalten kann.

Lafontaines Angstmacherei muß jetzt beendet werden. Wir wollen, daß der neue Umtauschkurs und seine einzelnen Modalitäten sozial vertretbar sind — sowohl für die Bürger in der Bundesrepublik als auch in der DDR. Zugleich aber muß die Währungsunion den Betrieben und damit den Arbeitern in der DDR eine Chance geben. Denn zu bedenken ist, daß bei einem Umtauschkurs von 1 zu 1 auch die DDR-Schulden mit einem solchen Kurs berechnet werden müßten.

Vor diesem Hintergrund ist die Empfehlung der Bundesbank eine wichtige Hilfe. Abschließend wird über den Umtauschkurs jedoch noch beraten.

Ausschnitt aus der Rede des CDU-Vorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, in Cottbus am 13. März 1990 (unredigierte Bandabschrift):

*„Und ich will ein drittes Thema ansprechen, ein Thema, das in den letzten Tagen intensiv zwischen den Sachverständigen der DDR und der Bundesrepublik diskutiert wurde, obwohl ich hoffe, daß wir bald, das hängt auch zusammen mit dem Thema Einführung der DM als Währung in der DDR nach der Wahl, zu einer abschließenden Entscheidung kommen. Das ist die Frage der Sparer und der Sparkonten hier.*

*Liebe Freunde, ich weiß, daß das für viele ebenfalls eine wichtige Frage ist. Auch und gerade für die Älteren, die oft und lange Jahre gespart haben, damit sie ein Zubrot*

## Generalsekretär Volker Rühle weist nach, daß die Angstkampagne von Lafontaine auf Unwahrheit beruht.

*im Alter haben. Wir wollen, daß bei dieser Währungsumstellung gerade jene Sparer, von denen ich eben gesprochen habe, davon ausgehen, daß ihre Umstellung 1 zu 1 erfolgt, und daß sie sorgenfrei an diesem Punkt in die Zukunft sehen. Was ich hier sage, damit kein Zweifel aufkommt, gilt für die vielen, vielen kleinen Sparer, das gilt nicht für den gesamten Währungsbereich, hier werden wir noch miteinander zu reden haben, beispielsweise auch über die tatsächlichen Zahlen und die Staatsverschuldung hier in der DDR. Aber eines sage ich, für mich ist entscheidend, daß auch bei der Umstellung der Sparkonten diejenigen nicht benachteiligt werden, die besonders unsere soziale Unterstützung und unsere Sympathie verdienen. Das ist ein wichtiger Grundsatz unserer Politik.“*

Helmut Kohl:

## Ich bekenne mich ausdrücklich zur Verantwortung gegenüber der Bevölkerung der DDR

Bundeskanzler Helmut Kohl erklärt zur Frage des Umstellungssatzes im Rahmen der Währungsunion mit der DDR: Der Präsident der Deutschen Bundesbank, Karl Otto Pöhl, hat mich darüber unterrichtet, daß sich der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank in seiner Verantwortung ausführlich mit der beabsichtigten Währungsunion mit der DDR befaßt hat.

Die Bundesregierung wird die Empfehlung der Deutschen Bundesbank bei der Vorbereitung der beabsichtigten Währungsunion mit der DDR sorgfältig prüfen. Die Vorbereitungsarbeiten innerhalb der Bundesregierung zur Einführung der Währungsunion mit Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft sind noch nicht abgeschlossen. Dementsprechend sind bisher keinerlei Entscheidungen und Festlegungen getroffen worden.

Eine wichtige Voraussetzung für die endgültige Beschlußfassung der Bundesregierung ist der Abschluß der notwendigen Gespräche mit der Regierung der DDR. Diese Verhandlungen sollen so schnell wie möglich nach Bildung der neuen Regierung der DDR aufgenommen werden. Ziel der Bundesregierung ist es, in diesen wichtigen Fragen zu einer Übereinstimmung

### Wichtige Voraussetzung: Bildung der neuen Regierung

mit der Regierung der DDR zu kommen und die Währungsunion mit Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft im Sommer dieses Jahres einzuführen. Ich bekenne mich ausdrücklich zur Verantwortung gegenüber der Bevölkerung der DDR. Ich habe diese Solidaritätsverpflichtung im DDR-Wahlkampf wiederholt unterstrichen und stehe dazu.

### Ausschnitt aus der Rede in Leipzig (14. März 1990):

„Und ich spreche zum dritten die Ängste so vieler Sparer an. Viele mit kleinem Einkommen haben für ihr Alter etwas zurückgelegt. Ich kann Ihnen kein Versprechen abgeben wie es manche tun, zu dem Thema Währungsumstellung, weil wir mitten in den Verhandlungen sind und weil ich es nicht mag, daß Versprechungen abgegeben werden sollen, die nach der Wahl nicht eingehalten

werden. Ich bin heute gerne zu Ihnen gekommen vor dieser Wahl, und ich will bei zukünftigen Wahlen wieder hierher nach Leipzig kommen. Und niemand soll mir dann zurufen können, du hast uns damals im März 1990 etwas versprochen und dein Versprechen nicht gehalten. Was ich sagen kann und sagen will ist, daß wir sehr wohl wissen um unsere besondere soziale Verpflichtung für die Konteninhaber kleiner Sparkonten, und daß wir über eine sozial erträgliche Lösung selbstverständlich nachdenken und sie herbeiführen“.

Generalsekretär Volker Rühle:

## Die Atlantische Allianz gibt uns das feste Fundament, von dem aus wir den Übergang in eine neue Zeit gestalten können

Am 18. März hat sich die überwältigende Mehrheit unserer Landsleute in der DDR für die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit entschieden. Damit ist in greifbarer Nähe gerückt, worauf wir beharrlich seit Gründung dieser Republik hingearbeitet haben und was das Grundgesetz verlangt, die Einheit unseres Vaterlandes in freier Selbstbestimmung zu vollenden.

Wir wären niemals an die Schwelle dieser neuen Zeit gelangt, wenn nicht Bündnis und Bundeswehr für unsere äußere Sicherheit gesorgt hätten. Unsere Soldaten dürfen stolz sein auf ihren Beitrag zu vierzig Jahren Frieden und Freiheit, zu vierzig Jahren Wohlstand, zu vierzig Jahren europäischer Versöhnung und deutsch-amerikanischer Freundschaft.

Aber mit dem Blick zurück ist es nicht getan. Ein überzeugendes Programm für die Zukunft unserer Sicherheit verlangt Phantasie und Verantwortungsbewußtsein. Unser Volk besteht weder aus Peaceniks noch aus Militaristen. Wir haben eine informierte und urteilsfähige Gesellschaft: Nur noch 13 bis 15 Prozent unseres Volkes sehen eine Kriegsgefahr aus dem Osten; aber über die Hälfte sieht den Weltfrieden aus und in der Dritten Welt bedroht. Wer eine nüchterne Lagebeurteilung anstellt, muß zu zwei Grundeinsichten kommen:

● Die Sowjetunion wird auch nach erfolgreicher Abrüstung Weltnuclear-

und Weltseemacht bleiben; sie bleibt außerdem die stärkste militärische Landmacht auf dem eurasischen Kontinent.

● Europa wird auch mit Wegfall der Ost-West-Konfrontation und mit positivem Verlauf des Abrüstungsprozesses keine Insel des Friedens in einer sonst konfliktträchtigen Welt sein können.

Daraus ergeben sich drei einfache, aber weitreichende Schlußfolgerungen:

**Erstens:** Jedes künftige Sicherheitssystem in und für Europa verlangt die Beteiligung Nordamerikas. Unsere Westbindung steht nicht zur Disposition. Die Atlantische Allianz ist Garant eines sicheren Übergangs in ein neues europäisches Zeitalter.

**Zweitens:** Europa braucht im Inneren Stabilität durch ein ausgewogenes, aber niedriges Streitkräfte-Niveau. Europa muß dabei in der Lage sein, seine Interessen zu sichern und sich vor äußerer Gefahr zu schützen.

**Drittens:** Die Deutschen können bei der Gestaltung und Wahrung des europäischen Friedens nicht neutrale Passivität oder egoistischen Pazifismus pflegen, sondern wir müssen und werden die uns dabei zukommende europäische Verantwortung übernehmen.

Damit ergeben sich zugleich Kriterien für Auftrag und Umfang künftiger Streitkräfte. Sie müssen den deutschen Sicher-

heitsinteressen genügen und das politische Gewicht Deutschlands in Europa widerspiegeln. Die Armee eines geeinten Deutschlands muß aber auch die geschichtlich bedingten Ängste unserer Nachbarn in Ost und West reflektieren; sie muß in multinationale Strukturen eingebunden, aber auch fähig sein, sich an internationalen Aufgaben zu beteiligen; und schließlich müssen unsere Streitkräfte berücksichtigen, was für sie an Personal und Geld bei veränderten Prioritäten künftig zur Verfügung steht.

Unser Volk erwartet mit Recht, daß in einer Zeit, in der Konfrontation durch Kooperation abgelöst wird, weniger Ver-

### **Grußwort von Generalsekretär Volker Rühle anlässlich des Bundeswehr-Forums der CDU im Konrad-Adenauer-Haus am 29. März 1990**

teidigungslasten anfallen — also eine kleinere Bundeswehr, kürzere Wehrpflichtdauer, weniger Übungen, weniger Geld für Verteidigung.

Ich könnte mir vorstellen, daß in einem wiedervereinigten Deutschland der Friedensumfang der deutschen Streitkräfte bei unter 400.000 Mann liegen könnte, vorausgesetzt, unsere weitreichenden Wünsche und Hoffnungen erfüllen sich bei den Abrüstungsverhandlungen.

Sich langfristig darauf einzurichten heißt **nicht**, die Abrüstungsverhandlungen zu überholen.

Ein solcher Umfang wäre mit 12 Monaten Wehrpflicht problemlos zu halten.

Ich bekenne mich ohne Wenn und Aber zur Wehrpflicht, denn es gibt keine wirksamere Verteidigung als die, an der sich das ganze Volk beteiligt. Unseren Staat schützen — heißt uns schützen; und das

bleibt eine Gemeinschaftsaufgabe. Die Bundeswehr ist eine Armee in der Demokratie und für die Demokratie; sie hat deshalb auch in Zeiten nachlassender Bedrohung kein Identitätsproblem — anders als die NVA, die zum Haß erzo-gen worden ist, die auf den SED-Staat ausgerichtet und politisiert war.

Die Bundeswehr als Teil der Gesellschaft hat aber nicht nur ein Anrecht auf unsere moralische Unterstützung. Mit der neuen Reservistenkonzeption und dem Attraktivitätsprogramm für die Bundeswehr haben wir dazu beigetragen, auch die wirtschaftliche und soziale Situation der Soldaten und unter anderem ihre Aufstiegschancen zu verbessern.

Diese Ansätze wollen wir konsequent weiterführen und zudem die Aus- und Fortbildung innerhalb der Bundeswehr verstärken, damit unsere Soldaten nach ihrer Bundeswehrzeit gute Startchancen für ihren späteren Berufsweg haben.

Eine kleinere deutsche Armee, die dann aus territorialen und integrierten Verbänden besteht, muß sich auch rechtzeitig Gedanken über ihre Ausstattung machen. Parlament und Öffentlichkeit erwarten Antwort auf die Frage: Was bleibt unverzichtbar, was wird wichtiger, was wird verzichtbar?

Wir müssen in jedem Fall vermeiden, in Projekte zu investieren, die womöglich bald nicht mehr gebraucht oder gar verschrottet werden.

Es ist unseriös, in diesem Zusammenhang ständig von 100 Milliarden für den Jäger 90 zu sprechen, als ob es hier eine Reservekasse dieser Größenordnung für die Sanierung der DDR gäbe. Tatsache ist: Es sind bisher 6,5 Milliarden DM für die Entwicklung bereitgestellt — und größtenteils ausgegeben. Ein Abbruch der Entwicklung kostet mehr, als an Restkosten auszugeben ist. Lassen Sie mich

Jedoch ebenso klar hinzufügen: Ob es jedoch zur Produktion dieses Flugzeugs jemals kommen wird, diese Entscheidung fällt erst nach Abschluß der Entwicklung, und zwar im Lichte der dann herrschenden politischen und militärischen Gegebenheiten.

Es ist wichtig, jetzt Aufgaben, Umfang und Struktur der künftigen deutschen Streitkräfte zu definieren. Nur so können wir Deutschland sachgerecht in die europäische Sicherheitslandschaft einfügen; nur so können wir den Fortgang des Abrüstungsprozesses nach politischen und strategischen Bedürfnissen beeinflussen.

Es gilt auch, sehr rasch das bisherige Konzept integrierter, grenznaher Vorverteidigung zu ersetzen; denn schließlich können wir keine NATO-Verteidigung mitten in Deutschland organisieren.

Auch die nukleare Abschreckung wird einen neuen Sinngehalt gewinnen müssen. Die Sowjetunion wird in absehbarer Zeit als Folge des Wiener Abrüstungsvertrages ihre Fähigkeit zur überraschenden, raumgreifenden Offensive aufgeben. Zugleich muß als Antwort auf die deutsche Frage eine Sicherheitsstruktur etabliert werden, die es der Sowjetunion ermöglicht, ihre Truppen aus dem westlichen Vorfeld und vor allem von deutschem Boden zurückzuziehen, ohne neue Sicherheitsrisiken einzugehen.

### ... um auch künftig Kriege unmöglich zu machen

Angesichts dieser Entwicklung können wir uns auf die Bedingungen einer Minimal-Abschreckung einrichten — dies um Europas Sicherheit zu stabilisieren und um auch künftig Kriege unmöglich zu machen. Es ist klar, daß wir dazu keine nukleare Rohrtillerie brauchen; und es

ist auch klar, daß wir Mitte der neunziger Jahre keine Nachfolge-Systeme für die LANCE-Raketen mehr brauchen.

Der NATO-Gipfel vom 31. Mai letzten Jahres hatte diese Entscheidung bis 1992 ausgesetzt. Niemand konnte damals das Tempo der Entwicklung voraussagen. Da die Ereignisse den Fahrplänen voraus-eilen, sollten wir nun außerplanmäßige Signale setzen.

### Ich fasse zusammen mit folgenden fünf Thesen:

**1** Bündnis und Bundeswehr haben uns vierzig Jahre Frieden in Freiheit gegeben. Als die Bundeswehr geschaffen wurde, gehorchte sie zwei Imperativen — der Forderung des Grundgesetzes „Der Bund stellt Streitkräfte zur **Verteidigung** auf“ und der Forderung der NATO, einen starken Beitrag gegen wachsende Bedrohung zu leisten. Der grundgesetzliche Auftrag des WOFÜR bleibt. Die Frontstellung des WOGEGEN hat sich überlebt.

**2** Die deutsche Einheit ist in greifbare Nähe gerückt. Wir stehen vor der Chance und Herausforderung, das geeinte Deutschland in eine europäische Sicherheitsarchitektur einzupassen, in der Ost-West-Konfrontation durch Kooperation ersetzt wird. Wir wollen ein Europa, das im Inneren stabil und nach außen abwehrbereit sein soll. Deutschland wird die ihm zukommende Verantwortung für dieses Europa übernehmen. Neutralisierung und Demilitarisierung kommen für uns deshalb nicht in Frage.

**3** Wir wollen aber weniger Verteidigungsaufwand und fördern den Abrüstungsprozeß. Für unsere Sicherheit brauchen wir territoriale und integrierte Verbände mit moderner Ausstattung für ein betont defensives Profil.

## Hundert Staatsrechtslehrer für deutsche Einheit über Artikel 23

**Hundert Staatsrechtslehrer haben sich für einen Weg zur deutschen Einheit über den Artikel 23 des Grundgesetzes ausgesprochen. Die darin vorgesehene Möglichkeit für die DDR, dem Verfassungsstaat des Grundgesetzes beizutreten, halte breiten „Spielraum offen für schonende Übergänge, für einen gerechten Ausgleich der Interessen, gegebenenfalls für eine stufenweise Inkraftsetzung des Grundgesetzes“, heißt es in einer in Bonn veröffentlichten Erklärung.**

Zu den hundert Unterzeichnern gehören unter anderem Wissenschaftler wie der frühere Bundesverteidigungsminister Rupert Scholz (München), Dieter Blumenwitz (Würzburg), Gün-

ter Dürig (Tübingen), Wilhelm Grewe (Bonn) und Klaus Stern (Köln). Ohne Verfassungseinheit, so betonen die Juristen, seien die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR nicht zu erreichen. Es sei zwar allein Sache der DDR, sich für den Beitritt zu entscheiden oder die Schaffung einer neuen Verfassung gemäß Artikel 146 anzustreben. Der Weg über den Beitritt führe die DDR jedoch unmittelbar in die Europäische Gemeinschaft. „Er bewahrt neben der innenpolitischen auch die außenpolitische Verlässlichkeit.“ Eine neue Verfassunggebung könne dagegen zu Unsicherheiten führen, „mit Gefahren für die innere Stabilität und für das Vertrauen der Völkergemeinschaft“.

**4** Stabilität in Europa verlangt ein Minimum an nuklearer Abschreckung zur Kriegsverhütung, aber keine Waffen, die nach Einsatz und Lagerung auf Deutschland begrenzt sind. Der Erfolg konventioneller Abrüstungsverhandlungen und der Rückzug sowjetischer Nuklear-Kräfte aus Deutschland läßt einen Verzicht der LANCE-Modernisierung zu.

**5** Die Atlantische Allianz gibt uns das feste Fundament, von dem aus wir den Übergang in eine neue Zeit gestalten können. Die Allianz ist der Pfeiler, an dem wir das Netzwerk neuer kooperativer Sicherheitsstrukturen aufhängen können; sie ist unsere Versicherungspolice gegen das Risiko des Scheiterns östlicher Reformpolitik und gegen den Rückfall in politische Unvernunft. ■

### Überwachung des Rheins durch Biotestverfahren

In der Rheinmeßstation Bad Honnef wurde ein neues Forschungsprojekt vorgestellt, mit dem die Überwachung des Rheins durch den Einsatz kontinuierlicher Biotestverfahren verbessert werden soll. Die geplanten Untersuchungen ergänzen die chemische Überwachung des Rheins. Mit dem Vorhaben wird angestrebt, am Rhein ein biologisches Warnsystem einzurichten, mit dem vor allem sowohl die Verursacher als auch die Schadstoffauswirkungen von Unfällen schneller und umfassender ermittelt werden können.

Kabinett beschließt neues Aufnahmeverfahren

# Schutzbedürftige werden weiter als Aussiedler aufgenommen

**Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hat am 28. März 1990 zu dem vom Bundeskabinett beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Aufnahmeverfahrens für Aussiedler erklärt:**

Die Aufnahme von Aussiedlern hat seit 1987 ständig zugenommen. Wurden in den Jahren bis 1986 jeweils um die 40.000 Aussiedler registriert, so stieg deren Zahl in den Jahren 1987 auf fast 80.000, 1988 auf über 200.000 und 1989 auf rund 380.000 Personen. In diesem Jahr waren es bis zum 27. März 99.203 Aussiedler.

Die veränderten tatsächlichen Verhältnisse in den Aussiedlungsgebieten werden zu einer Verminderung der Zahl der Aussiedler im Sinne des Bundesvertriebungsgesetzes führen. Bei einer nicht unbedeutenden Zahl deutscher Staatsangehöriger und deutscher Volkszugehöriger wirken jedoch die durch Verschleppungen, Vertreibungen und Änderung der politischen Verhältnisse nach Kriegsende bedingten Belastungen der Deutschen in den Aussiedlungsgebieten heute noch fort (Kriegsfolgeschicksal).

Viele von ihnen bemühen sich seit Jahren oder Jahrzehnten um die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland. Deswegen muß auch künftig die Aufnahme von Aussiedlern in die Bundesrepublik Deutschland möglich bleiben.

Durch die verbesserten Reisemöglichkeiten, insbesondere aus der Republik Polen, ist die Zahl derer gestiegen, die in der Bundesrepublik Deutschland die

Feststellung der Aussiedlereigenschaft betreiben, obwohl sie die gesetzlichen Voraussetzungen nicht erfüllen.

Mit Rücksicht auf die mit der Aufnahme verbundenen innerstaatlichen Belastungen — aber auch im Interesse der Betroffenen — muß deswegen **bereits vor dem Verlassen** des Herkunftsgebietes sichergestellt werden, daß nur solche Personen als Aussiedler einreisen, die zum schutzbedürftigen Personenkreis des Gesetzes gehören. Dies kann regelmäßig nur durch Erteilung eines Aufnahmebescheides **vor Einreise** in die Bundesrepublik Deutschland geschehen.

Durch die Erteilung des Aufnahmebescheides vor dem Verlassen der Aussiedlungsgebiete wird sichergestellt, daß nur Personen als Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland einreisen, die tatsächlich die Voraussetzungen dieses Gesetzes erfüllen. Damit wird vermieden, daß andere die Aussiedlung mit Erwartungen betreiben, die hier aus Rechtsgründen nicht erfüllt werden können. Außerdem entfallen durch das neue Verfahren Belastungen insbesondere für die Kommunen, wie sie durch die Betreuung nicht berechtigter Personen auftreten.

Erst bei Vorliegen des Aufnahmebescheides wird es künftig noch möglich sein, in der Bundesrepublik Eingliederungsleistungen als Aussiedler in Anspruch zu nehmen.

Das Aufnahmeverfahren (bisher Übernahmeverfahren) führt das Bundesverwaltungsamt durch, das auch den Aufnahmebescheid erteilt.

## Renten- und Beamtenversorgung

# Kindererziehungszeiten werden mit gleichem Pauschbetrag abgegolten

Zur Kritik der SPD an dem vom Deutschen Bundestag am 30. 3. 1990 beschlossenen 5. Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften (Strukturgesetz) erklärt der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster:

Die SPD, insbesondere ihr Sozialneidpolitiker Dressler, versucht wider besseres Wissen, Neid mit Halbwahrheiten und Verdrehungen zu schüren. Er verwechselt bewußt besoldungsrechtliche mit versorgungsrechtlichen Regelungen, um die Neiddiskussionen des letzten Sommerloches nun auf ein Osterloch zu übertragen. Tatsächlich bleibt es in der Beamtenversorgung bei den von CDU/CSU, FDP und SPD vereinbarten Regelungen. Kindererziehungszeiten werden im Renten- und Beamtenversorgungsrecht mit dem gleichen Pauschbetrag von 28,79 DM abgegolten. In dieser Regelung wurde durch das 5. Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften (Strukturgesetz) nichts geändert.

Die von der SPD, die dem Gesetz insgesamt zustimmte, nun aufgebauchten Punkte betreffen folgende Sachverhalte:

### 1. Anrechnung von Kinderbetreuungszeiten im Besoldungsrecht

Auf Initiative der Koalitionsfraktion hat der Deutsche Bundestag beschlossen, daß je Kind bis zu drei Jahren die Zeit einer Kinderbetreuung wie Dienstzeit behandelt wird. Das heißt, diese Unterbre-

chung der Dienstzeit führt nicht zu einer Verringerung der Besoldung, wenn die Beamtin nach Kinderbetreuung in den Dienst zurückkehrt. Damit folgen wir unserem erklärten politischen Ziel, Beruf, Familie und Kinder besser miteinander zu verbinden.

Mit den „Kindererziehungszeiten“ im Rentenrecht und in der Beamtenversorgung hat dies überhaupt nichts zu tun, da diese Regelung — von extremen Ausnahmefällen abgesehen — nur für aktive Beamtinnen wirksam ist.

Im übrigen: In dem von der SPD-Fraktion dem Deutschen Bundestag vorgelegten Entwurf eines Gleichstellungsgesetzes fordert die SPD selbst die jetzt von uns geschaffene Regelung.

### 2. Versorgungsabschlag

Ab 1. Januar 1992 ändert sich die Berechnung des Ruhegehaltsatzes. Die Versorgungsanwartschaft wächst dann gleichmäßig pro Jahr um 1,875 v. H. Damit erreicht der Beamte den Höchstsatz von 75 v. H. erst nach 40 Jahren statt bisher nach 35 Jahren. Der zur Zeit noch vorgenommene Versorgungsabschlag bei Freistellungen vom Dienst entfällt dann wegen der Linearisierung. Diese Änderung war für vorhandene Beamtinnen nicht vorhersehbar, als sie sich ab August 1984 wegen einer Kindererziehung vom Dienst freistellen ließen. Daher waren unter dem Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes angemessene Übergangsregelungen notwendig.

Die geänderte Übergangsregelung bedeu-

tet somit keine Bevorzugung der hier angesprochenen Beamtinnen gegenüber Arbeitnehmerinnen, die ab 1984 wegen Kindererziehung freigestellt wurden.

Auch hier handelt die SPD wider besseres Wissen. Ihre Innenpolitiker haben bereits bei der Novellierung des Beamtenversorgungsrechts genau die Regelung verlangt, die wir jetzt einführen.

Die Bedeutung unserer Änderung wird auch dadurch unterstrichen, daß sie von sämtlichen Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes, auch den Frauenorganisationen, seit Jahren verlangt worden ist, um die spezifische Benachteiligung von Beamtinnen zu beseitigen.

Mit ihren üblen Attacken will die SPD vernebeln, daß die Koalition mit dem beschlossenen Gesetz vor allem für kleine und mittlere Beamte Verbesserungen schafft, die zugleich Benachteiligungen gegenüber der Privatwirtschaft abbauen. Wir werden dafür sorgen, daß diese gering verdienenden Beamten der SPD dafür bei nächster Gelegenheit die verdiente Quittung erteilen. ■

## **Frühjahrsaufschwung auf dem Arbeitsmarkt**

Der Frühjahrsaufschwung auf dem Arbeitsmarkt hat zu einem weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik geführt. Bei einer Abnahme von 139 465 waren zum Monatsende 2 013 057 Männer und Frauen ohne Beschäftigung. Die Arbeitslosenquote sank nach den Angaben der Bundesanstalt für Arbeit von 8,2 Prozent im Februar auf jetzt 7,7 Prozent. Die Quote auf der Basis aller Erwerbstätigen macht 6,9 Prozent aus (Februar 7,4 Prozent).

Rita Süßmuth:

## **Der Pflegeberuf muß attraktiver werden**

**Anläßlich eines Gesprächs des Bundesvorstandes der Frauen-Union der CDU mit den Verbänden der Pflegeberufe erklärt die Bundesvorsitzende, Rita Süßmuth:**

Angesichts der gespannten Situation in Krankenhäusern, bei ambulanten Pflegediensten und in Altenheimen fordern die Verantwortlichen in den Pflegeberufen eine zügige Anpassung des Personalschlüssels an den tatsächlichen Bedarf. Grundlage sollte die von der Deutschen Krankenhausgesellschaft vorgeschlagene Übergangsregelung von 1985 sein. De facto bedeutet das 20 Prozent mehr Stellen im Pflegebereich.

Ohne schrittweise Veränderung der Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern wird das Interesse an einer Ausübung dieses Berufs nicht zunehmen. Gerade weil zu viele nach kurzer Pflege-tätigkeit in diesem Beruf ausscheiden, ist alles daran zu setzen, die Berufszufriedenheit zu erhöhen. Darin liegt die Chance, gut ausgebildete Kräfte im Beruf zu halten oder auch zurückzugewinnen. Eine wichtige Maßnahme ist hier die sofortige Verwirklichung des Krankenpflegegesetzes.

Die Verbände sind sich einig, daß sozial abgesicherte Teilzeitstellen, die auch ausgebildeten Pflegekräften, die zur Zeit nicht berufstätig sind, die Rückkehr in den Beruf ermöglichen, in größerer Zahl angeboten werden müssen.

Diesbezügliche Modelle mit bis zu 30 Prozent Teilzeitkräften sind sehr erfolgversprechend. ■

## Kinder- und Jugendhilferecht

# Regierung löst Versprechen ein

Am 18. März 1987 hat Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung ausgeführt: „Wir wollen die Neuordnung des Jugendwohlfahrtsgesetzes in Angriff nehmen, um neuen Entwicklungen in der Jugendhilfe zu entsprechen.“ Ruth Hieronymi, Vorsitzende des Bundesfachausschusses Jugendpolitik: Mit der Verabschiedung eines neuen Kinder- und Jugendhilferechts (KJHG) durch den Deutschen Bundestag wurde dieses Versprechen eingelöst.

Nach vergeblichen Bemühungen früherer SPD-Bundesregierungen wird mit dem neuen Gesetz das Leistungsspektrum der Kinder- und Jugendhilfe auf eine solide Grundlage gestellt, die den modernen Anforderungen an die Jugendhilfe gerecht wird.

Die Kernpunkte des neuen KJHG sind:

- ein neues Verständnis der Jugendhilfe, die als Kinder-, Jugend- und Familienhilfe zu verstehen ist: Anstelle von Eingriffen, Kontrolle und Bevormundung treten rechtzeitige und fachkundige Beratungen und Unterstützung der Familie und Heranwachsenden
- die Begleitung junger Menschen in die Selbständigkeit durch Angebote der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit
- der bedarfsgerechte Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen.

Für die CDU sind der Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten und der bereits beschlossene Ausbau von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub wesentliche Bausteine einer zukunftsorientierten Kinder-, Jugend- und Familienpolitik.

Mit der Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts setzt die CDU nicht nur die Beschlüsse ihres Wiesbadener Parteitages (1988) für eine kinderfreundliche Gesellschaft konsequent um; sie stärkt und entlastet Familien und sichert damit künftigen Generationen ein wesentliches Stück Zukunft.

## Zum 1. Juli 1990 3,1 % höhere Renten

Zur 2. und 3. Beratung des Rentenanpassungsgesetzes im Deutschen Bundestag erklärte Generalsekretär Volker Rühle: Zum 1. Juli 1990 werden die Renten um 3,1 Prozent steigen. Die CDU hält mit dieser Rentenerhöhung, was sie immer gesagt hat. Keine Lohn- und Rentenerhöhung geht an den Rentnern vorbei; Renten und verfügbare Arbeitseinkommen entwickeln sich im Einklang.

Erstmals seit Jahren erhalten die Rentner eine volle Anpassung, die sich durch die Erfolge der Gesundheitsreform sogar noch erhöht. Früher wurden die Rentenerhöhungen fast jedes Jahr durch die höheren Krankenversicherungsbeiträge der Rentner gekürzt. Jetzt kommt die Rentenerhöhung den Rentnern ungeschmälert zugute. Durch niedrigere Krankenkassenbeiträge bekommen sie sogar noch einen Zuschlag; allein von Mitte 1990 bis Mitte 1991 erhalten die Rentner rund 100 Millionen mehr auf die Hand. Kein Rentner in der Bundesrepublik braucht Angst zu haben, daß im Rahmen des deutsch-deutschen Einigungsprozesses seine Rente gekürzt oder Rentenerhöhungen verschoben werden.

## Steuerreform '90

## Der Bürger spürt die Entlastung

Allen Unkenrufen zum Trotz hat die bereits am 1. Januar in Kraft getretene dritte Stufe der Steuerreform viele Einkommensbezieher von der nachhaltigen Entlastungswirkung überzeugt: 64 Prozent aller Berufstätigen haben, so das Ergebnis einer Emnid-Umfrage im Auftrag der Kölner Wirtschaftszeitung „aktiv“, registriert, daß sie seit Januar ein höheres Nettogehalt verbuchen können. Damit hat die dritte Entlastungs-Stufe — anders als die beiden von 1986 und 1988 — auch aus der Sicht der Steuerzahler einen durchschlagenden Erfolg gehabt.

Bezeichnend ist ein weiteres Umfrageergebnis. Vor allem die jüngeren Einkommensbezieher mit Kindern, weniger dagegen die über 50jährigen, fühlen sich durch die Steuerreform begünstigt. Damit ist die Kritik aus den Reihen der Opposition und der Gewerkschaften von den Betroffenen selbst widerlegt.

Die CDU ist die Steuersenkungspartei. Sie hat den Marsch in den Abgaben- und Steuerstaat gestoppt.

Die Kritiker hatten immer wieder behauptet, die Steuerreform benachteilige Familien mit Kindern, führe überdies zu einer Umverteilung von unten nach oben und sei deshalb sozialpolitisch unausgewogen.

Die letzte Stufe der Steuerreform und die damit verbundene Nettoentlastung von insgesamt knapp 25 Milliarden DM in diesem Jahr wird auch, wie von der Bun-

desregierung beabsichtigt, den privaten Verbrauch weiter ankurbeln und damit die Konjunktur auf hohem Niveau absichern. Immerhin wollen über ein Drittel der befragten Bürger die gesparten Steuergroschen für Anschaffungen nutzen.

**Fazit:** Der Bürger hat, wenn auch spät, nun selbst die Kritiker der Reform widerlegt. Der Ruf der Steuerreform ist — da sie nun vollständig in Kraft getreten ist — so gut wie sie selbst. aus: *iwd*, 29. 3. 1990

**Unverzichtbare**

**Hilfsmittel für**

**alle Ortsverbände**

### Abrechnungsbuch der CDU für Stadt-, Stadtbezirks-, Gemeinde- und Ortsverbände

Dieses Abrechnungsbuch, ein unverzichtbares Hilfsmittel für alle Ortsverbände, die eine Unterkasse des Kreisverbandes führen, ist neu aufgelegt worden.

Die erste Innenseite enthält ausführliche Erläuterungen zu den Eintragungsspalten.

Bestell-Nr.: 11 209

Mindestabnahme: 10 Stück

Preis je Mindestabnahme: 30,— DM

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum**

**Postfach 13 28**

**4804 Versmold**

Norbert Blüm:

## Der Sozialismus geht, wir kommen

**Der Landesparteitag in Neuss am 30./31. März war ein mitreißender Auftakt der Union für die Landtagswahl am 13. Mai in Nordrhein-Westfalen. Norbert Blüm und die NRW-CDU gaben sich angriffslustig, kampfbereit und optimistisch. Hart ging der Spitzenkandidat der CDU mit Rau und der SPD-Landesregierung ins Gericht.**

Besonders die Aussage Raus, er werde das Land wieder zur Nummer eins unter den Bundesländern machen, nahm Blüm unter Beschuß. „Da reden die von Nummer eins und haben auf vielen Gebieten nicht einmal den Durchschnitt erreicht.“ Um das zu schaffen, müßten beispielsweise 7.000 Polizisten, 12.000 Lehrer und 1.300 Altenpfleger eingestellt werden. 300.000 Unterrichtsstunden fielen in Nordrhein-Westfalen wöchentlich aus.

Am schlimmsten sei es in Sonderschulen, wo Kinder mehr Hilfe als an anderen Schulen benötigten. Blüm: „Sozial reden und kaltherzig handeln — das ist sozialdemokratische Politik in NRW.“

Blüm legte ein Programm für die ersten hundert Tage als Ministerpräsident in NRW vor.

Es umfaßt u. a. mehr Polizisten, mehr Lehrer, mehr Geld für die Hochschulen, gezielte Maßnahmen im Umweltbereich, ein Notprogramm Kindergartenbau, ein spezielles Familienwohnungsbauprogramm.

Norbert Blüm betonte in seiner von viel Beifall begleiteten Rede, daß die Wahl am 13. Mai eine Richtungswahl sei.

Bei dieser Wahl gehe es um die Entscheidung zwischen Helmut Kohl und Norbert Blüm oder Lafontaine und Rau. Während

die Sozialdemokraten (Egoisten aller Länder, vereinigt euch, wählt SPD) ihre beste Tugend, die Solidarität, vor die Hunde gehen ließen, während Rau als „Gehilfe“ des Oberspalters Lafontaine Übersiedler in Lager sperren will und auf den Beifall „hartherziger Banausen“ setze, trete die CDU unter Führung Helmut Kohls für ein Deutschland der Freiheit und Gerechtigkeit ein, werde Nordrhein-Westfalen nach 24jähriger SPD-Herrschaft nur mit der CDU wieder zur Nummer eins.

Am Nachmittag feierte der Parteitag mit stehenden Ovationen den Parteivorsitzenden

CDU Nordrhein-Westfalen  
jubelt Helmut Kohl  
und Norbert Blüm zu

den, Bundeskanzler Helmut Kohl. Bundeskanzler Kohl sagte in seiner Rede zu, er werde bis zum 13. Mai um jede Stimme für den Wahlsieg von Norbert Blüm kämpfen. Norbert Blüm sei der Pilot für eine gute Zukunft von Nordrhein-Westfalen. Zuvor hatte der Bundeskanzler die Schwerpunkte seiner Deutschland- und Europapolitik ausführlich erläutert und dabei vor allem um Verständnis für die Vertriebenen hierzulande geworben.

Sechs Wochen vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen präsentierte sich die CDU so ansteckend kämpferisch und selbstbewußt, daß Norbert Blüm in seinem Schlußwort mit Blick auf die rund 600 Delegierten feststellen konnte: „Die CDU ist motiviert bis unter die Haarspitzen“.

# Neu: Fußball-WM-Kalender '90

## Aktionsvorschläge zur Fußballweltmeisterschaft 1990

Damit Sie in Ihrem Verband den Fußball-WM-Kalender optimal verteilen können, hier einige Vorschläge für Aktionen:

### Gemeinsamer Fernsehabend

Fußball im Fernsehen ist mit mehreren Personen wesentlich interessanter. Laden Sie Ihre Nachbarn zum Fußballspiel ein und verteilen Sie den Fußball-WM-Kalender. Nach dem Spiel darf die Politik nicht zu kurz kommen.

### CDU aktiv in Sportvereinen

Der Fußball-WM-Kalender sollte in Turnhallen, Tenniszentren und Sportplätzen ausgelegt werden, in denen sich tagsüber und abends viele Sportler aufhalten.

Die CDU-Ortsverbände sollten ihrem Fußballverein genügend Fußball-WM-Kalender zur Verfügung stellen und an den Verkaufsstellen von Eintrittskarten jedem Fußballfan einen Kalender aushängen.

### CDU-Fußballturnier

Der CDU-Ortsverband veranstaltet ein Fußballturnier mit Mannschaften aus verschiedenen Vereinen des Ortes. Als Gastgeschenk wird ein CDU-Lederfußball überreicht. Selbstverständlich wird auch der Fußball-WM-Kalender verteilt.

### CDU-Sommerfest/ Canvassing-Veranstaltung

Der WM-Kalender soll auf jeder Veranstaltung angeboten werden. Ein Torball bringt zusätzlichen Spaß.

### Verteilung in Gaststätten

Vor den WM-Übertragungen des Fernsehens sollte der CDU-Ortsverband genügend WM-Kalender in den einzelnen Gaststätten verteilen.

# WM '90



**Mit WM -  
Preis Ausschreiben**

FUSSBALL-WELTMEISTERSCHAFT  
ITALIEN · 8. JUNI BIS 8. JULI 1990

In bewährter Form, handlich und praktisch, steht als Verteilmittel auch bei dieser Fußballweltmeisterschaft wieder ein Kalender zur Verfügung, in dem sich u. a. Spielpaarungen, Termine und Fernsehzeiten finden. Die einzelnen Spielergebnisse können Fußballfans selber in Tabellen eintragen.

Bestell-Nr.: **2228**  
 Mindestbestellmenge: 250 Expl.  
 Preis pro Mindestbestellmenge:  
 25,— DM  
 (ohne MwSt. inkl. Versand)

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24.49  
5300 BONN 1

**EINIGKEIT  
UND  
RECHT  
UND  
FREIHEIT**

**CDU**

**Weiter im Angebot**

**Plakat:  
„Einigkeit und Recht  
und Freiheit“**

**DIN A1**

Bestell-Nr.: 7245

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme:  
30,— DM

**DIN A0**

Bestell-Nr.: 7246

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme:  
50,— DM

Alle Preise zuzüglich Mehrwertsteuer  
inklusive Versand

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold**

**UiD**

**12/90**

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands  
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:  
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300  
Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs  
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tele-  
fon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93, Ver-  
trieb: Telefon (02 28) 544-421, Verlagsleitung: Dr.  
Uwe Lüthje, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto  
Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln  
Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis  
jährlich 48,— DM, Einzelpreis 1,20 DM, Herstellung:  
Vereinigter Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.